

# Der Steinarbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingefragt in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeitzer Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgeprägte Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geißl, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluss ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 5. November 1932

36. Jahrgang

Nummer 45

## An die Mitglieder der Gewerkschaften!

### Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet ihr wieder euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letzte Mal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen, ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern. Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie.

Berlin, 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

## Der Volksentscheid am 6. November

Von Th. Leipart.

Seit einem halben Jahre ist die Verfassung von Weimar praktisch außer Kraft. Sie wird „geküsst“, aber in ihren entscheidenden Teilen nicht mehr angewendet. Sie soll „reformiert“ werden, aber nicht aus ihrem Geiste. Der Geist der Weimarer Verfassung ist verbannt, er soll unterdrückt werden. Und das alles aus der angeblichen Vollmacht eines Artikels dieser Verfassung, des Artikels 48.

Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volke aus, sondern vom Reichspräsidenten. Das Volk ist nicht mehr souverän. Souverän ist heute der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen. Über die Regierung des Reiches, die er eingesetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Reichsregierung beruft sich bei jeder Gelegenheit auf überirdische Kräfte als Quelle ihres Rechts gegen das Volk. Sie treibt „Politik aus dem Glauben“. Das Volk aber teilt diesen Glauben nicht und mißbilligt diese Politik. Die Regierung zieht aus dieser Tatsache nicht die einzige mögliche Folgerung, schleunigt abzutreten. Sie bleibt und will noch jahrelang im Amt bleiben. Ihre Begründung auf den Glauben ist nichts als die politische Begründung dieser Willkür, sie ist eine überhebliche Selbstvergötterung. Das aber ist Missbrauch des Glaubens aus Politik.

Die Reichsregierung will eine „autoritäre Regierung“ sein. Aber es gibt nur eine dauerhafte Grundlage der Autorität, das Vertrauen des Volkes.

Dieses Vertrauen fehlt. Es fehlt in allen Schichten des Volkes, außer bei jenen, die die Souveränität des Volkes verneinen, die sein unveräußerliches Recht, aus eigenem Urteil zu bestimmen, wie und von wem es regiert werden will, ein für allemal beseitigen wollen.

Politik wird nicht durch den Glauben gerechtfertigt, sondern durch Taten. Die Taten dieser Regierung zeugen wider ihren Glauben. Ihre Pläne befinden eindeutig ihren Willen, die Staatsgewalt dem Volke zu entreißen.

Die lebendige Einheit von Volk und Staat, durch die Wirkungen der Krise, durch die Folgen einer verhängnisvollen Politik ohnehin geschwächt, soll vollends zerstören werden. Obrigkeitsstaat und Untertanenvolk: das ist das staatspolitische Ziel dieser Regierung, das ist die Quintessenz ihrer Verfassungsreform.

Aus diesem Geist bürokratischer Diktatur handelt sie schon heute. Sie fragt das Volk, aber sie mißachtet seine Antwort. Sie röhmt sich ihrer Unabhängigkeit von den Parteien, sie nennt sich „überparteilich“. Aber diese angebliche Überparteilichkeit ist nur eine Ausflucht. Sie muß zu dieser Ausflucht greifen, weil sie in keiner der großen Parteien, die Träger des Volkswillens, Anhänger besitzt.

Ihre parteipolitische Unabhängigkeit existiert trotzdem nur in ihrer eigenen Einbildung. Der Beifall der Deutschnationalen beweist, wo sie ihre Anhänger sucht und findet. Sie stützt sich auf die Großagrarier, die Schwerindustriellen, die ehemaligen Prinzen, die Fürsten und den Adel. Sie liebäugelt mit den Monarchisten und umwirbt die großen Interessenten. Das ist ihr neues Prinzip konservativer Staatsführung.

Der Reichskanzler wirkt für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier. Die einen sucht er durch Steuergutscheine und Prämien für sich zu gewinnen, die anderen durch Kontingente und Zölle, die einen wie die anderen durch Subventionen. Der Reichskanzler weiß recht gut, warum er nicht vor den Arbeitern, vor den Gewerkschaften redet. An Gelegenheiten hätte es nicht gefehlt, wenn er selbst den Wunsch verprüfte. Die öffentliche Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober hätte ihm die Möglichkeit geboten, den Verlust zu unternehmen, seine arbeiterfeindliche, widersprüchsvolle Politik vor diesem Forum zu begründen. Aber für die Arbeiter hat der Reichskanzler keine Prämien, keine Steuergutscheine, keine Vergünstigungen, keine Versprechungen in der Tasche. Er hätte mit leeren Händen vor sie hertreten und sich rechtfertigen müssen, wie er es „vor Gott und der Nation“ begründen will, daß die Arbeiter durch jede seiner Notverordnungen mehr entrichtet und dieser ins Elend gestoßen werden. Es wäre ihm nicht gelungen. Denn für diese Politik gibt es keine Rechtfertigung.

In Ministerreden wird von „überlebten Wirtschaftsformen oder unhaltbaren Besitzverhältnissen“ geredet, aber es wird nichts an ihnen geändert. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung dient der Erhaltung der überlebten Wirtschaftsformen, der Festigung unhaltbarer Besitzverhältnisse, der Unterhöhlung der Volksrechte, der Stabilisierung der Klassenherrschaft der Besitzenden.

Mit anderen Worten: Diese Wirtschaftspolitik ist nur ein Glied im größeren Zusammenhang der staatspolitischen Pläne der Reichsregierung. Eben darin besteht die Gefahr. Denn diese Pläne sind bestimmt durch eine Auffassung von der sozialen Lebensordnung des Volkes, die in schroflem, feindlichem Gegensatz zu den sozialen Anschauungen, zu den staatspolitischen Zielen der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, wie der Sozialdemokratie steht. Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gefolgschaft bei den Anhängern des radikalen Rücktritts, bei den Vorkämpfern des Obrigkeitsstaates, in jenen Kreisen, die mit der Hoffnung auf dauernde Erhaltung ihrer Besitzrechte den Willen verbinden, die Grundlagen des sozialen Volksstaates ganz zu zerstören und das freie Volk wieder unter die Botmäßigkeit volksfeindlicher Gewalten zu stellen.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Maßnahmen zu verkoppeln, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeiterchaft ist, aus ihrem Geist geboren und unter harten Opfern erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschen Landes, in dem die Arbeiterschaft entsprechend ihrer gesellschaftlichen Leistung für das Volk, als gleichberechtigtes Glied im Ganzen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der deutschen Arbeiterschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Schichten der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk.

Die deutsche Arbeiterschaft kann und wird der Regierung auf diesem Wege nicht folgen. Ihr staatspolitisches Ziel ist ein freies, ein sozialistisches Deutschland. Um dieses Ziels willen hat sie seit Jahrzehnten den Kampf um die politische Macht geführt. Sie weiß, daß in diesem Kampf Rückschläge nicht ausbleiben können. Aber sie weiß auch aus der Erfahrung eines Jahrhunderts, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie auf die Dauer mit jedem ihrer Gegner fertig geworden sind, weil auf ihrer Seite das lebendige Recht der inneren Freiheit unseres Volkes war.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung beseit, breitet sich aus bis weit hinein in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verbündet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser Antikapitalismus von morgen sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahnen treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einsetzen, um den sozialen deutschen Volksstaat auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen.

## Ohne Überschrift, weil...

Seit Anfang 1930 steht der Lohnabbau auf der Tagesordnung. Der erste Ansturm der Unternehmer galt den übertariflichen Arbeitsverdiensten. Durch ihren Abbau wurden bereits im Jahre 1930 die Stundenlöhne der Arbeiter im Durchschnitt um 6 v. H. gekürzt. Das Jahr 1931 brachte eine allgemeine Kürzung der tariflichen Lohnsätze; der Tariflohn wurde etwa um 8 v. H. gesenkt. Dann kam die Dezember-Notverordnung Brünings mit ihrem Lohnraubdiktat, die Löhne wurden etwa auf den Stand vom Ende 1925 zurückgeworfen. Damit sollten die Wünsche der radikalen Scharfschäfer auf der Arbeitgeberseite in vollem Maße erfüllt worden sein.

Im ersten Halbjahr 1932 wurden die Löhne weiter gekürzt, zum Teil um 10, 15 und sogar 20 v. H. Nach der Tariflohnstatistik der freien Gewerkschaften lag der durchschnittliche Tariflohn Mitte 1932 um 3,5 Pfg. tiefer als im Jahre 1925 — vor der großen Rationalisierungsumstellung der deutschen Industrie!

Seit der Übernahme der Macht durch das Kabinett Papen setzte eine neue Offensive des Unternehmertums ein.

Die Regierung scheint aber von den Erfolgen ihrer Politik noch nicht befriedigt zu sein. Gleichzeitig mit der Belagerung der Besitzenden mit den Steuergutscheinen für mehr als 2 Milliarden Reichsmark, gleichzeitig mit den reichen Zoll- und Subventionsgeschenken an die Agrarier, öffnet sie einem neuen Lohnabbau Tür und Tor: bei der Erhöhung der Arbeiterzahl in einzelnen Betrieben gestattet sie den Arbeitgebern die Unterschreitung der tariflichen Lohnsätze um 12,5 v. H. Hinzu kommt noch die Schmälerung des Wochenverdienstes durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich.

Wie sich das auswirkt, und in welcher unmenschlichen Weise die Unternehmer die Notlage der Steinbrüder-Arbeiter und die Regie-

ungsverordnungen auszuholen, dafür nur ein Beispiel aus den vorliegenden.

In einem größeren Steinbruchsbezirk Südwürttembergs betrug bis zum 31. März 1931 der tarifliche Stundenlohn des Facharbeiters 0,74 Mark, der des Hilfsarbeiters 0,65 bis 0,67 Mark; der Wochenverdienst bei 48stündiger Arbeitszeit 35,52 Mark bzw. 31,68 Mark. Durch Kürzungen im April 1931, im Januar 1932, im Juni 1932 und im September 1932 durch Anwendung der Papen-Notverordnung senkte sich bei nunmehr 40stündiger Arbeitszeit der Wochenverdienst der Facharbeiter von 35,52 Mark auf — 18,90 Mark, der der Hilfsarbeiter von 31,68 Mark auf — 16,80 Mark.

Jedes Wort der Kritik und der Empörung ist hier überflüssig, weil die Schläge für sich aufspeisend genug wirkt. Bemerkt muss allerdings noch werden, daß die lange Arbeitslosigkeit und die verbrecherische Wühlarbeit der AGO im dortigen Steinbruchsbezirk sehr viel mit dazu beigetragen haben, daß bei den Steinbruchunternehmern die Wahnsinnsmethode solcher Lohnkürzungen reisen konnte. Im übrigen liegt ja System darin, gefördert und gestützt von der Papen-Regierung.

Mit diesem System muß Schluss gemacht werden.

Lohnentzug bedeutet Schmälerung der Kaufkraft der Massen!

Zerrüttung der Kaufkraft bedeutet Verengung des Binnenmarktes.

Verengung des Binnenmarktes beim gleichzeitigen Rückgang der Ausfuhr bedeutet Rückgang der Produktion.

Rückgang der Produktion bedeutet Wachstum der Arbeitslosigkeit.

Die Regierung, die die Vereicherung der Reichen auf Kosten der Bevölkerung als höchste Weisheit und soziale Gesinnung betrachtet, muß verschwinden.

## Kampf für den Aufstieg

In der kommunistischen Presse wird ein Auszug aus den „Deutschen Führerbüchern“ veröffentlicht, die von einigen großkapitalistischen Schreibern herausgegeben werden. Sonst ist in der bürgerlichen Presse mit Befriedigung festgestellt worden, daß die kommunistische Partei ein „Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie“ sei, die den Aufstieg der Arbeiterklasse verhindere. Jetzt wird in den „Führerbüchern“ zur Abwechslung gesagt, die Sozialdemokratie habe den Lebensstand der erwerbstätigen Arbeiter nur deshalb gehoben, um sie in einen Gegenjahr zu den erwerbslosen Arbeitern zu bringen. Diese Behauptung benutzt die kommunistische Presse, um einen Schwung alter und neuer Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften vorzubringen. Wir greifen einige dieser Lügen heraus, und stellen ihnen die Tatsachen gegenüber.

1. Lüge: 1918/19 habe die Bourgeoisie den arbeitenden Massen „gezwungenermaßen“ sozialpolitische Konzessionen gemacht, wie z. B. den Achtstundentag, den gesetzlichen Schutz der Tariflöhne, das grundätzliche Recht auf Arbeitslöhne und Wohlfahrtsunterstützung usw., um den Sturz des kapitalistischen Systems zu verhindern.

Die Wahrheit: Die von der kommunistischen Presse genannten sozialen Errungenchaften sind am 12. November 1918 durch die sozialdemokratischen Volksbeauftragten verordnet worden, nachdem z. T. bereits zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden vereinbart waren. Neben den schon genannten Punkten hat die Sozialdemokratie die Beseitigung der Gesindeordnungen, die staatsbürgertliche Freiheit der Beamten, das gleiche Wahlrecht für alle Körperschaften angeordnet. Damals bestand die kommunistische Partei noch nicht und konnte deshalb auch nicht als „Pfahl“ zugunsten der Bourgeoisie wirken.

2. Lüge: Die kommunistische Presse behauptet, die SPD- und ADGB-Führer hätten die Bourgeoisie dabei geholfen, diese sozialpolitischen Errungenchaften etappenweise wieder abzubauen. Sie hätten den Achtstundentag beseitigt, die sozialen Unterstützungen, den Arbeitserlaub und andere Vorteile der Arbeitsbedingungen immer mehr abgebaut.

Die Wahrheit: Von Ende 1923 bis Mitte 1928 gehörte kein Sozialdemokrat der Reichsregierung an. Es ist richtig, daß die Bourgeoisie in dieser Zeit zuerst den Achtstundentag durchlöherte. Das geschah, als die Geldentwertung ihren schlimmsten Stand erreichte und die Arbeiterorganisationen durch die damalige Krise und die kommunistische Spaltungskampf geschwächt waren. Von 1925 bis Anfang 1930 sind die Arbeitsverhältnisse und die sozialen Leistungen wieder ständig verbessert worden. In diesen Jahren herrschte im allgemeinen eine gute Konjunktur, die kommunistische Bewegung ging zurück, dagegen wuchs der Einfluss der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Löhne und Unterstützungen gingen in die Höhe, neben manchem anderen wurde die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsgerichtsbarkeit geschaffen, die beide von der Kommunistischen Partei abgelehnt worden sind.

3. Lüge: Die Hermann-Müller-Regierung habe die ersten Schläge gegen die Arbeitslosenunterstützung geführt, SPD- und ADGB-Führer hätten den Brüning-Notverordnungen zugestimmt.

Die Wahrheit: Die Regierung Hermann Müller ist im Frühjahr 1930 gerade deswegen von der Bourgeoisie gestürzt worden, weil sie den Abbau der sozialen Leistungen verhindern wollte. Als die darauffolgende Brüning-Regierung ihre erste Notverordnung mit dem Abbau der sozialen Leistungen veröffentlichte, erzwang die Sozialdemokratie im Reichstag die Aufhebung der Verordnung. Die Folge davon war, die Auflösung des Reichstages, der Einzug von 107 Nationalsozialisten und die damit verbundene Ohnmacht der deutschen Volksvertretung. Die Sozialdemokratie hat niemals den Notverordnungen Brünings zugestimmt. Richtig ist allerdings, daß sie den Sturz des Kabinetts Brüning, solange es möglich war, verhindert hat. Hätte sie das nicht getan, so wäre schon zwei Jahre früher eine Regierung der Freiherrn oder gar eine faschistische Gewalttherrschaft errichtet worden.

4. Lüge: In der kommunistischen Presse wird weiter behauptet, daß die Bourgeoisie mit Hilfe der SPD und Gewerkschaftsbürokratie erreicht habe, die Arbeiterchaft in zwei Teile zu spalten.

Die Wahrheit: Vor dem Kriege gab es in Deutschland eine einzige, einheitlich kämpfende Arbeiterchaft, die in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften organisiert war. Nach dem Kriege haben die Kommunisten die deutsche Arbeiterklasse immer aufs neue gespalten und zerstört. Dadurch ist die Kampfkraft des deutschen Proletariats außerordentlich geschwächt worden. Und noch in der Zeit der furchtbaren Wirtschaftskrise hat die kommunistische Parteileitung ihren Anhängern keine wichtigere Aufgabe gelehrt, als den „Hauptstich“ gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften zu richten. Mit den Faschisten haben die Kommunisten beim preußischen Volksentscheid und bei vielen anderen Gelegenheiten innerhalb und außerhalb der Parlamente eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie und damit gegen die Arbeiterklasse gebildet. Und so ist es dahin gekommen, daß zahllose Kommunisten zu den Nationalsozialisten übergetreten sind, weil sie keinen Unterschied zwischen diesen beiden Parteien mehr erkennen konnten. Die nationalsozialistische Presse konnte feststellen: „Es wird uns Nationalsozialisten bedeutend leichter fallen, einen Kommunisten zu werben, als einen Sozialdemokraten.“

Und nun einige Tatsachen: Unter dem Reichskanzler Hermann Müller saßen im Reichstag 12 Nationalsozialisten, 54 Kommunisten, 153 Sozialdemokraten. Durchschnittlicher Arbeitslohn eines gelernten Arbeiters pro Woche 52,80 Mark, durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Woche 20,20 Mark.

Unter dem Reichskanzler Brüning saßen im Reichstag 107 Nationalsozialisten, 77 Kommunisten, 143 Sozialdemokraten. Durchschnittlicher Arbeitslohn eines gelernten Arbeiters pro Woche

50,40 Mark, durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Woche 17,60 Mark.

Unter dem gegenwärtigen System Papen-Hitler saßen im vorigen Reichstag 230 Nationalsozialisten, 89 Kommunisten, 134 Sozialdemokraten. Durchschnittlicher Arbeitslohn eines gelernten Arbeiters pro Woche 40,70 Mark, durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Woche 10,20 Mark.

## Kollege, wo bleibst Du?

Die Not ist uns nichts Fremdes. Wir wurden in sie hineingeboren, für viele von uns bedeutete sie etwas Selbstverständliches, etwas, das man hinnehmen, mit dem man sich abfinden muß. Wir fanden das Leben nicht anders.

Es kamen sturmbegegnete Zeiten, Krieg, Inflation, ungeheure Arbeitslosigkeit. Das Leben stellte uns vor Fragen, mit denen wir ins reine kommen mußten. 6 Millionen Arbeitslose, darunter eine Million Jugend, Not und Elend, wohin man schaut. Wie lange noch, und auch wir werden das Los der 6 Millionen teilen. Diese Jahre haben uns reif gemacht.

Als halbe Kinder wurden wir in die Fabrik gezwungen. Was wußten wir von dem jahrzehntelangen Kampf der organisierten Arbeiterschaft und ihren Erfolgen, was davon, daß erst durch die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaften die ersten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiter geschaffen wurden? Vorbehaltlos und nüchtern nahmen wir alles als eben Gegebenes. Manches von den Erfolgen mußte jetzt in der Krise wieder aufgegeben werden, und erst da wußten wir zu schämen, was wir befreiten.

So wurden uns langsam die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge klar, so erkannten wir die Ursachen unserer Not, den Widerstand der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Jeder einzelne von uns lebt ein Leben voller Pein und Enttäuschung, und doch tragen wir alle zusammen das gleiche Los.

Erbleitung und Haß wachsen in uns. Wir wollen nicht ewig Knecht sein. Wir Jungen haben noch ein Leben vor uns. Wir wollen Entwicklungsmöglichkeiten. Es wächst unser Glaube an die Gewerkschaft.

Es wächst aber auch unsere Kraft. Schon gehören zu dem viermillionenheer der freien Gewerkschaften hunderttausende Lehrlinge und junge Arbeiter. Jugend, die nicht nur die Erkenntnis hat, daß dieses kapitalistische Wirtschaftssystem verschwinden muß, sondern die auch mit Hingabe und Eifer sich an der Gestaltung eines neuen, eines sozialistischen Wirtschaftssystems betätigen will.

Noch viele von denen, die zu uns gehören, stehen abseits. Sie müssen gewonnen werden. Wir Jungen sind durchdrungen vom gesellschaftlichen Gedanken und von dem Wissen, daß Zusammenschluß der Arbeiter nie notwendiger war als heute, in Zeiten größter Not und stärkster Reaktion. Wir wollen diese Erkenntnis hineinragen in Fabriken und Werkstätten, in Schulen und Stempelstellen. Freudig erfüllen wir unsere Pflicht. Ja — wir wollen und müssen Werber sein —, Werber für ein besseres Morgen.

Und Kollege — wo bleibst Du?

Es muß selbstverständlich werden, daß alles Jungvolk gewerkschaftlich organisiert ist. Je besser bereits die jungen Kollegen in der Gewerkschaft organisiert sind und in den Jugendabteilungen mit der Bewegung vertraut werden, um so besser für unsere Sache.

## Wer hilft in Rechtsäcken?

Die meisten Menschen sind in Rechtsstreitigkeiten hilflos. Ihre Gesetzeskenntnis sind gering. In den Schulen wird nur sehr wenig darüber gelehrt und das Einarbeiten in ein Gejag ist nicht leicht. In Zeitaltern der Notverordnungen, die oft in einer schwer verständlichen Sprache abgefaßt sind, ist das Zurechtfinden noch viel schwieriger geworden. Rechtskundiger Rat und Beistand in Rechtsstreitigkeiten ist deshalb eine wichtige Sache, namentlich für Unbemittelte.

Das haben die Organisationen der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Partei, frühzeitig erkannt. Ihre Funktionäre waren von jeder gezwungen, sich auch in Rechtsfragen einzuarbeiten, um ihren Mitgliedern mit Rat und Tat beizustehen. Diese Hilfe konnte aber naturgemäß oft nicht ausreichen. Deshalb sind schon vor Jahrzehnten besondere Stellen geschaffen worden, die sich nur mit der Rechtsberatung und Rechtshilfe zu befassen hatten. So entstanden die Arbeitersektariäte, die meistens von den

# Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

## der Regierung



Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gemeinschaftlich geschaffen wurden und ein wertvolles Propagandamittel für sie sind. Zur Zeit gibt es 144 Arbeitersektariäte der freien Gewerkschaften. Wer einen Jahresbericht eines solchen Arbeitersektariäts in die Hand nimmt, wird erkennen, welche umfangreiche und wertvolle Arbeit auf allen Rechtsgebieten dort verrichtet wird. Daneben wirken auch die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften sowie die Parteisektariäte und Parteidienststellen aufklärend und helfend.

Namentlich ist die unvergleichliche Rechtshilfe vor den Organen der Reichsversicherung von großem Wert. Die Arbeitersektariäte sind in Streitäcken der Sozialversicherung bessere Helfer und Stützen, als Rechtsanwälte es zu sein vermögen. Diejenigen, die in der Regel nur vereinzelt solche Sachen vertreten, fehlen oft die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen. Für sonstige Personen, die geschäftsmäßig als Rechtsbeistände auf eigene Rechnung tätig sind, gilt das gleiche meistens noch in höherem Maße. Die Finanzprägnanz eines Arbeitersektariäts ist um deswillen auch vorteilhafter, weil er kein persönliches Interesse daran hat, ein Streitverfahren einzuleiten und deshalb auch besser von ausichtslosen Prozessen abraten kann.

Neben der aktiven Hilfe in Streitäcken und der Auseinandersetzung über Rechtsfragen haben die Arbeitersektariäte auch die Aufgabe, die Entwicklung des Rechts zu gunsten der Minderheit zu beeinflussen. Hier entfallen auch die Rechtsabteilungen der Verbandsvorstände eine wertvolle Tätigkeit. Das Reichsversicherungsamt legt Wert darauf, bei grundfachlichen Entscheidungen eingehend zu prüfen und würdigt auch, was von Arbeitersektariäten zu Rechtsfragen geltend gemacht wird, sei es bei persönlichen Vertretungen oder durch Einlagen. Die neuen Bestimmungen der Notverordnung geben besonders viel Anlaß zur Abwehr von noch ungünstigeren Auslegungen durch die Versicherungssträger. Dagegen ist bereits von der Rechtsabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes durch Anrufung des Reichsversicherungsamtes angegangen worden.

Die Einwirkung auf die Rechtsentwicklung und die Rechtshilfe ist eine wertvolle Leistung der Arbeiterorganisationen. Sie können um so wertvollere Arbeit leisten, je größer und leistungsfähiger sie sind. Deshalb gehört auch aus diesem Grunde jeder Arbeiter und Angestellte in seine Gewerkschaft und in die Partei.

## Spiel mit dem Verbot der Gewerkschaften

Es scheint festzustehen, daß der Arbeitsbeschaffungsplan der Papen-Regierung versagen wird. Die Unternehmerprese ist eifrig dabei, den Gewerkschaften die Schuld hierfür in die Schuhe zu schieben. In ihrer Wut gerät die Reaktion in eine französische Gemütsverfassung. Man fordert nicht mehr und nicht weniger als das Verbot der Gewerkschaften. Die schwerindustrielle „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, eine der eifrigsten Verteidigerinnen der Papen-Regierung, schrieb in der Nummer vom 18. Oktober u. a. folgendes:

„Gegen das unverantwortliche Vorgehen der Gewerkschaften müßte, wenn sie sich nicht bald eines Besseren besinnen, mit aller Energie vorgegangen werden. Wenn auch die Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Reichsverfassung gewährleistet ist, so braucht sich die Regierung noch lange nicht gefallen zu lassen, daß ihre wohlüberlegten Pläne durch die Gewerkschaften zu nichts gemacht werden. Sollte man auf Gewerkschaftsseite fortfahren, rechtswidrige Streiks zu organisieren mit dem Ziel, den Wirtschaftsplan der Regierung zu zerstören, so bliebe nichts anderes übrig, als ein Streitverbot zu erlassen unter Androhung schwerer Strafen für die Rädelsführer. Es scheint, als ob die Regierung noch eine Weile abwarten will, wie sich die Dinge gestalten, bevor sie zu diesen leichten Mitteln greift.“

Das ist sehr deutlich. Streitverbot und schwere Strafen gegen die sogenannten Rädelsführer kommt einer Vernichtung der Gewerkschaften gleich. Die Kritik der Gewerkschaften an dem Arbeitsbeschaffungsplan, namentlich dessen sozialpolitischer Seite, wird weit in die Reihen der Unternehmer getragen. Die Gewerkschaften sind nicht schuld, wenn die ausgewehrte Arbeiterschaft in eine verzweifelte Stimmung gerät und bei dem Anlaß, erneute Lohnentzugsversuche auf sich zu nehmen, die Arbeit niederlegt. Die Regierung ist von den Gewerkschaften früh genug auf den vorausichtlichen Verlauf der Dinge aufmerksam gemacht worden. Überblickt man die Ereignisse der letzten Wochen, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß diese Regierung mit ihren Experimenten der deutschen Wirtschaft nicht förderlich, sondern hinderlich ist. Darum fort mit ihr.

**Am 6. November wird gestürzt, wer dem Volk die Löhne hat gekürzt!**

# Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften



Aus dem Bayrischen Wald. Ein kleiner Lichtblick am wirtschaftlichen Horizont der Steinindustrie des Bayrischen Waldes machte sich im Monat August bemerkbar. Der bayrische Staat hatte einen ziemlich großen Auftrag zur Lieferung von Bläsersteinen erteilt. — Mancher Steinarbeiter, der durch jahrelange Erwerbslosigkeit schon jede Hoffnung auf eine Wiederbeschäftigung verloren hatte, erblachte in diesem Staatsauftrag die ersehnte Arbeit, die ihm Rettung bringt aus seiner Elendslage. Nachdem nun aber der große Auftrag mit etwas unliebsamer Verzögerung unter die einzelnen Firmen verteilt war, zeigte sich schon, daß die erwarteten Hoffnungen nicht volle Erfüllung finden können. Nur ein Teil der Erwerbslosen konnte für mehrere Wochen neu eingestellt werden. Inzwischen wurde nun sogar in einzelnen Betrieben dieser Auftrag schon wieder zu Ende geführt und die Arbeiter wieder entlassen.

Zu bedauern war bei diesem Vorgang ein alter Kollege aus dem Norden des Reiches, der hoffte auf Empfehlung hin, hier Arbeit zu finden und daher mehrere hundert Kilometer weit angetippt kam. Bei der Bezirksleitung in Passau angelangt, erfuhr der wadere Kollege erst den wahren Sachverhalt, und seine Hoffnungen waren zu nichts geworden. Aber erhebend war dabei, daß dieser arme Steinprolet deshalb den Kopf oben hielt und beim Abschied mit geballter Faust nach oben gerichtet den unerschütterlichen Willen bekrundete, mitzulämpfen, damit am 6. November der Sieg des Proletariats zuteil wird. Mancher ängstlich Verzagte könnte sich an diesem wadere Kollegen ein Beispiel nehmen.

Erfreulicherweise ist, nun aber auch sonst in unserem Bezirk wieder eine rege Anteilnahme am Verbandsleben eingetreten. Überall wo Arbeitslose wieder Beschäftigung gefunden, haben diese auch wieder den Verband als

notwendig erachtet und in den meisten Fällen sofort den Verbandsbeitritt vollzogen. So in den Zahlstellen Neuhaus, Kallenberg und Hochwegen. In Hemerau konnte die ganze Belegschaft des Betriebes Lümburg bei Waldkirchen der Zahlstelle zugeführt werden. Diese Kollegen mußten vorher reichlich lange die Nachteile kochen, die ihnen der Unternehmer an untertariflichen Löhnen vorzusehen beliebte — weil sie nicht organisiert waren. Jetzt haben diese Kollegen endgültig die Lehre aus der Vergangenheit gezogen. Recht so, Kollegen! So muß es wieder überall werden! Einigkeit macht stark! Die übrigen dem Bezirk angehörenden Zahlstellen werden sich aber in der Folgezeit sicherlich nicht durch den Werbebeifer der vorstehend genannten Zahlstellen in ihrer Werbetätigkeit beschämen lassen. Wo immer sich noch Unorganisierte im Betrieb befinden, müssen diese aufgerüttelt und wieder in unsere Kampffront eingereiht werden. Dieses ist beispielweise auch schon in Aunkirchen erfolgreich begonnen worden. Bis zum nächsten Bericht hofft die Bezirksleitung noch weiter Günstiges aus den nicht genannten Zahlstellen melden zu können. „Wohlan, wer Recht und Freiheit achtet“, mit dieser Parole gilt es immer wieder zu werben und zu wirken für den Verband.

Barel i. Oldenburg. Am 16. Oktober fand hier die fällige Bierteljahrsversammlung im Lokal Eilers statt. Der Vorsitzende Kollege Möller eröffnete die Zusammenkunft mit einer Begrüßung der vollzählig erschienenen Mitgliedschaft. Die Tagesordnung sah anschließend eine kleine Feier des 25-jährigen Arbeitsjubiläums des Kollegen Gottlieb Bücker vor. Protokollaneröffnung, Kassenabrechnung wurden schnell erledigt. Einige Kollegen, die infolge der andauernden Arbeitslosigkeit mit ihren Beiträgen restierten, wurden dringend ermahnt, den Rückstand zu ordnen. Zu der anschließenden Feier fand sich der Arbeitgeber von Bücker ein, ebenso ein Vertreter der Handwerkskammer. Mit einer tem-

peramentvollen Ansprache des Kollegen Hermann Schulte wurde die Feier eröffnet. Bücker sei der fünfte Kollege, der bei der Firma auf das 25jährige Tätigkeitsjubiläum hoffen könne. Der Vertreter der Handwerkskammer wies auf das gute Einvernehmen hin zwischen Unternehmer und Arbeiter, das beweisen die fünf Jubilare. Er überreichte dem Kollegen Bücker eine Ehrenurkunde und das Verdienstkreuz. Auch die Verbandsmitglieder hatten ein Geschenk gestiftet. Die Kollegen in ihrer Gesamtheit waren nun einige Stunden gesellig beisammen und trennten sich in froher Stimmung, die ihnen in dieser trostlosen Zeit wohl zu gönnen stand.

Zwickau. Am 9. Oktober fand im „Gewerkschaftshaus“ eine Bezirksversammlung der Steinseitzergruppe für die Kreishauptmannschaft Zwickau statt. Kollege Linke, Leipzig behandelte eingehend die Verhältnisse im Steinseitzergewerbe und verwies darauf, daß die Beschäftigung in den letzten zwei Jahren äußerst schlecht gewesen sei und die Arbeitslosigkeit die Mitglieder besonders hart betroffen habe. — Die Senkung der Löhne auf Grund der Notverordnungen habe die Tariflöhne wesentlich gekürzt. Es war aber immer noch möglich, die Tarife zu erhalten. Die Streitungen der Arbeitgeber, die Löhne der Maurer den Steinseitzern aufzuzeigen, hatten keinen Erfolg. — Anträge an das Reichsarbeitsministerium, die abgeschlossenen Tarife bzw. Lohnsätze allgemeinverbindlich zu erklären, wurden abgelehnt. Nur für Sachen erfolgte die Allgemeinverbindlichkeitserklärung mit der Einschränkung, daß für den Bezirk Bauwesen die Löhne nicht in die Allgemeinverbindlichkeit einbezogen wurden. Begründet wurde dieses damit, daß die Differenz zwischen den Löhnen der Maurer und Steinseitzer zu hoch sei. Diese Begründung wurde auch bei den Anträgen im übrigen Reich gebracht. Einen untragbaren Eingriff in die Tarifverträge bringt die Ermächtigung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung bei den Notstandsarbeiten, betr. Festsetzung der Löhne. So wurde bei Notstandsarbeiten in Oberseitzern der Lohn für Steinseitzer, der ohnehin nur 86 Pf. laut Tarif beträgt, auf 60 Pf. festgesetzt. Da bei Notstandsarbeiten nur 40 Stunden gearbeitet wird, ergab sich folgendes: Der Bruttolohn beträgt 24 RM. Kosten für Logis und Bevölkigung am Arbeitsort (6 Tage, pro Tag 2,50 RM.) 15 RM., Fahrgeld zu und von der Baustelle am Montag und Sonnabend 3,60 RM., Versicherungsbeiträge 3 RM., für die Familie am Wohnort verbleiben 2,40 RM. Da die Steinseitzer in der Regel außerhalb ihres Wohnorts beschäftigt werden, sind sie meistens nicht in der Lage, täglich nach dem Wohnort zurückzufahren. Der Eingriff der Behörden in das Tarifverhältnis des Steinseitzergewerbes müsse mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden. Dieser Beruf leidet nicht nur unter den Saillenverhältnissen, sondern wird auch während der Bauaustausch durch Witterungseinflüsse beeinträchtigt. Da die Kollegen unter diesen Verhältnissen in Streit traten, ist erklärlich. Dieser Streit hatte auch Erfolg. — Würde es den Unternehmern gelingen, für die Steinseitzergruppe den Bauarbeiterlohn einzuführen, so würde eintreten, daß in den Orten der niedrigsten Lohnstufe des Tarifvertrags für das Baugewerbe nur die Hälfte des Tariflohnes für das Steinseitzergewerbe in Frage käme. Währing die Bauarbeiter in der Regel in ihrem Wohnort oder in dessen Nähe arbeiten, sind die Steinseitzer gewöhnlich außerhalb des Wohnorts beschäftigt. Um die Betreibungen der Arbeitgeber bekämpfen zu können, sei es unbedingt notwendig, daß Einheit und Geschlossenheit unter den Kollegen Platz greife. Genau wie früher werden dann die Steinseitzer auch in der Zeit der Kriege Lohnbedingungen, wenn nötig durch Streit, verbessern. — In der Aussprache verwies der Vorsitzende, Kollege Trensch-Werdau darauf, daß auch im Bezirk schon Versuche gemacht wurden, die Tariflöhne trotz Allgemeinverbindlichkeit zu fürzen; er stimmte den Ausführungen des Referenten zu, behandelte dann die Vorgänge bei den Lohn- und Tarifverhandlungen und verwies darauf, daß die Unternehmer ständig darauf hinwiesen, daß, falls die Löhne niedriger wären, es Arbeit gäbe. Trotz des starlen Lohnbaues wird jedoch die Arbeitsgelegenheit immer geringer. — Kollege Bringezu verwies darauf, daß im Auer Bezirk im Aufford unter Tariflohn gearbeitet wird, trotz der Entscheidung des Schlichters, daß Auffordarbeit nur zulässig ist, wenn keine arbeitslosen Steinseitzer vorhanden sind. — Der Vorsitzende der Zahlstelle Zwickau, Kollege Steininger, erörterte einige örtliche Vorlommisse bei Notstandsarbeiten: Er verwies darauf, daß entgegen den früheren Jahren noch keine Klagen beim Arbeitsgericht eingereicht wurden. Er vermutet, daß es Kollegen gibt, die sich nicht getrauen, den Lohn einzuzlagen. Kassierer Kollege Winkler äußerte sich zunächst im kritisierenden Sinne zu den Ausführungen des Referenten, verwies auf die Notwendigkeit der Einheitsfront und befürwortete den außerparlamentarischen Kampf, den auch Bringezu empfohlen hatte. — Kollegen Linke war es ein Leichtes, die Haltlosigkeit dieser Ausführungen zum Bewußtsein zu bringen. Er forderte auf, in der gegenwärtigen Zeit den politischen Bruderkampf aufzugeben und für die Einheit der Arbeitersbewegung in den Gewerkschaften zu sorgen. Unter „Geschäftliches“ wurde aufgefordert, bei Lohndifferenzen umgehend die Lokalverwaltung zu sehen, ferner wurde verlangt, für besseren Besuch der folgenden Bezirksversammlung zu sorgen. Ein Schreiben mit dem Hinweis auf die Volksfürsorge wurde bekanntgegeben und aufgefordert, dem Konsumverein beizutreten.

## Nationalsozialistische Raubtierphilosophie

Offener Brief eines Gewerkschafters an Oswald Spengler.

Herr Spengler! Ich habe im Jahre 1926 mein Buch „Mensch und Technik“ herausgegeben, Sie im Jahre 1931 Ihr Buch „Der Mensch und die Technik“. Ich hatte mir die Aufgabe gestellt, den Einfluß der Technik auf das Schicksal der Menschen klarzustellen. Sie auch! Wir gehen also vom gleichen Standorte aus. Aber wir landen bei ganz verschiedenen Menschentypen: Ich hoffnungsvoll beim schöpferischen Hohen Menschen — Sie hoffnunglos beim untergehenden Raubtier Menschen. Ich bekämpfe das Raubtier im Menschen als Entartung seiner Natur — Sie verherrlichen es. Sie sagen: Das Raubtier gibt dem Typus Mensch einen hohen Rang, aber nicht etwa allen Menschen, sondern nur in einzelnen Typen: Eroberern, Abenteuern, Einzeldlern und Verbrechern. „Der Mensch ist“ — wie Sie sagen — „ein Simpel, von Natur gut und dummkopf; der Mensch ist ein Raubtier.“ Wer es nicht glaubt, ist ein „Halbgebildeter“, ein Feigling, der aus Angst den „Untergang des Abendlandes“ nicht über sich ergehen lassen will.

Wie kommen Sie zu dieser Behauptung von der Raubtier-eigenschaft des Menschen? „Der fröhteste Mensch horstet einfach wie ein Raubvogel. Die Seele dieses starken Einflusses ist durch und durch kriegerisch, misstrauisch, eifersüchtig auf die eigene Macht und Beute... Sie kennt den Rauch des Gefühls, wenn das Messer in den feindlichen Leib schneidet, wenn Blutgeruch und Stöhnen zu den triumphierenden Sinnen dringen. Sieht wahrlike Mann noch in den Städten später Kulturen fühlt zuweilen die schlafende Glut dieses Urseelentums in sich. Nichts von der jämmerlichen Gestaltung, daß irgend etwas „nützlich“ ist, daß es „Arbeit erfordert, noch weniger von den zahllosen Gefühlen des Mitleids, der Verjährung, der Sehnsucht nach Ruhe.“

Auf Grund dieser menschenfreudlichen Erkenntnis bliden Sie, der gebildete Mensch, auf „halbgilden“, wie den Philosophen Strauß und den Marxisten Bebel verächtlich herab. Schreckliches haben diese Propheten prophezei: „Kein Krieg mehr, kein Rassenunterschied, kein Verbrecher und Abenteurer mehr, kein Haß, keine Rache“. Das einzige, was dann noch übrigbleibt, „entsetzliche Langeweile“. Man kann sich dann nur noch hinsetzen und bei einer guten Tasse Kaffee mit Tinte und Feder zur Verherrlichung des Raubtiers im Menschen ein literarisches Löwengebrüll anstimmen.

Aber, Scherz beiseite: Wie kommt so ein menschliches Raubtier zustande? Sie „lehnen die anatomische Betrachtung und Ordnung des Tierreiches nach Linné“, ebenso die „ziemlich törichte Schule Darwins“, also die Entwicklungslehre ab. Und wie Sie die Anatomie ablehnen! Man höre und staune! „Schon dadurch, daß die Augenpaare der großen Raubtiere wie beim Men-

schen auf einen Punkt der Umgebung fixiert werden können, gelingt es, das Raubtier zu bannen... In dieser Art des Sehens, wie sie nur die edelsten Raubtiere besitzen — Pflanzenfresser, z. B. Raufüchse, haben seitwärts stehende Augen, von denen jedes einen unperspektivischen Eindruck hat —, liegt schon die Idee des Herrschens“.

Hören wir weiter: „Die höheren Pflanzenfresser werden neben dem Gehör vor allem durch die Witterung beherrscht, die höheren Raubtiere aber herrschen durch das Auge. Die Witterung ist der eigentliche Sinn der Verteidigung. Die Nase spürt Herkunft und Entfernung der Gefahr und gibt damit der Fluchtbewegung eine zweckmäßige Richtung von etwas fort.“

Ich habe zwar keine Witterung, Herr Spengler, wie die pflanzenfressende Kuh, auch keine Witterung wie das Raubtier, Hund und Fuchs, aber ich spüre Gefahr von dem Raubtier Spengler, der, wie ich vermute, auch Pflanzen isst, aber sie bewege mich von ihm fort. — Wir lesen gelegentlich weiter: „Wittern und Spähen — das Reh und der Hirsch — verhalten sich wie Sklavensein und Herrsein!“

Und wie bei den Tieren, so bei den Menschen: „Es ist das Rudel der edelsten Raubtiere, das Rudel der Begabten, das über die wachsende Herde der andern in irgendeiner Weise verfügt.“ Da stehst du sprachlos vis-à-vis! Ungeheuer zwingend diese Logik. — Da ist so ein Herdeninstinkt von Mensch, ausgestattet mit den prächtigsten Instrumenten des edelsten Raubtieres, hat nach vorne und parallel gerichtete Augen, kann damit fixieren wie ein Raubtier, um sein Beutetier zu bannen, hat darüber hinaus die alles beherrschende Hand und — läßt sich zähmen wie eine Kuh, geht lammstark in der Herde — ist das nicht traurig? Aber nein: „es gibt zuletzt einen natürlichen“ (es steht da: „natürlichen“!) Rangunterschied zwischen Menschen, die zum Herrschen und die zum Diensten geboren sind, zwischen Führern und Geführten des Lebens.“ „Es gibt Völker, deren starke Rasse den Raubtiercharakter gewahrt hat, räuberische, erobernde, herrenwöltere, Liebhaber des Kampfes gegen Menschen, welche den wirtschaftlichen Kampf gegen die Natur den andern überlassen, um sie zu plündern und zu unterwerfen.“ Der Löwe überläßt also nicht nur das dumme schwache Beutetier, die Gazelle (ist das übrigens königlich?) —, sondern die Löwen freßen sich gegenseitig auf!

Ihr Blickfeld ist schief, Herr Spengler? Sie merken nicht, daß Sie Ihre Theorie vom Raubtierauge und von der alles beherrschenden Hand über den Haufen werfen, in dem Augenblick, wo Sie diese Theorie nicht auf die ganze Gattung Mensch gelten lassen. Gerade Sie, der sich an dem Raubtiermenschen begeistert, sollten dafür Verständnis haben, daß der unterdrückte Mensch sich gegen das menschenwürdige Los der Sklaverei aufzubäumen. Vielleicht würden Sie dann auch den Klassenkampf anders sehen, den Klassenkampf gegen die Raubmenschen, die sich nicht im offenen Kampf stellen, sondern ihren Kampf mit den listigen und

gefährlosen Waffen der kapitalistischen Geld- und Profitwirtschaft führen. Warum ist Ihr Herz bei den satten Raubtieren und nicht bei den hungrigen „Untermenschen“, die nach ihrer anatomischen Theorie doch auch zu den von Ihnen verherrlichten Raubtiergeißköpfen gehören?

Was hat Ihr „zahnloses“ Gesammere darüber, daß die Masse den Unterschied von Führern und Geführten nicht mehr anerkennt, will für einen Zweck? Merken Sie nicht, daß Sie auch hier ironisch sind? Entweder Ihre gesetzten Raubtiermenschen sind noch starke Menschen mit dem „Willen zur Macht“, dann werden sie sich durchsetzen, oder aber, sie sind so wie wir sie sehen, feige, schwache, satte, hinterhältige, degenerierte Gefäßköpfe, die eine Anerkennung nicht mehr verdienen. Wie kann man, Herr Spengler, einen solchen Unfall schreiben, daß „der Sozialismus den Erfinder aus dem Lande getrieben“ habe. Fragen Sie einmal den Erfinder selbst, wer den Erfinder „in sein Joch spannt“. Niemand anders als das Raubtier, das Sie als Unternehmer verherrlichen. Wenn der Erfinder außer Landes gegangen ist, so deshalb, weil er nicht die mitleidende Kuh, das Beutetier des kapitalistischen Raubtieres sein wollte.

Herr Spengler, nicht die Massen und der erfinderisch-schöpferische Mensch stehen sich im Kampf gegenüber, sondern die Masse und der schöpferische Mensch kämpfen gegen die zerstörenden Raubtierinstinkte, wie sie vom Kapitalismus gezüchtet worden sind. In diesem Kampf „meutern die Hände“ nicht gegen die Führer, sondern sie stehen hinter den Führern, die mit ihnen für die weitere schöpferische Gestaltung der Technik, der Wirtschaftsorganisation und der menschlichen Kultur kämpfen. Der Kampf um die Ausbeutung der Natur, der Kampf der schöpferischen Menschen gegen Unterdrückung und Ausbeutung wird frisch und fröhlich weitergeführt und über alle Miesmacher, wie Sie, Herr Spengler, einer sind, hinwegschreiten.

Ingenieur Johann Gröttrup.

## Ultima ratio

Im kapitalistischen Wirtschaftsstaate

laz ein hoher Rat zu Rate:

„Wie turbeln wir die Wirtschaft an.“

damit sie wieder laufen kann?“

„Vor allem muß geholfen werden“

wer noch was hat auf dieser Erden“,

so sprach der erste Biedermann,

der zweite folgendes ersann:

„Wer zahlen kann, kriegt Steuerscheine.“

gezwungen am Lohn wird der Kleine.“

Der dritte der erlauchten Sprossen sprach: „Wer sich wehrt, der wird erwischt“,

denn „wer nicht gern trägt Not und Qual, der ist fürwahr nicht national.“

Erwin.

## Rundschau

Nichts wie raus! Als Odysseus nach jahrelangen Irrfahrten in seine Heimat nach Ithaka zurückkehrte, hatte sich in seinem Hause eine Schar von übermütigen prassenden Fremden eingenistet. Es ging recht blutig zu, als Odysseus mit dieser Bande abrechnete. Immerhin haben Jahrhunderte und Jahrtausende tieffestes Verständnis dafür gehabt. Auch wir sollten uns nur endlich auf unser Recht besinnen. Auch wir sollten endlich die Zähne zusammenbeißen und die Fäuste ballen. Auch wir sollten endlich alle Mittel, die uns die Verfassung gibt, anwenden, um in unserem Hause, in Deutschland, Ordnung zu schaffen und die frechen Prasser dorthin zu vermeiden, wo sie hingehören. Alle Schäke unseres Landes hat ein kleiner Kreis von arroganten, überheblichen Schmarotzern, alle Güter, die deutscher Fleiß schafft und die deutsche Erde spendet, an sich gerissen.

Raus mit der ganzen Gesellschaft! Sofort! So schnell es überhaupt geht! — „Raus mit den Baronen, dem Adel und den Strohmännern des Großkapitals aus Parlamenten und Aemtern!“ — Jeder muß seine Bekannten für diese Parole mobilisieren!

Wir wollen nicht die Sklaven von prassenden Monokel-Fächten sein. Wir haben einmal die furchtbare Schande erduldet, daß ein adliger Großgrundbesitzer es gewagt hat, ausgerechnet am Jahresfest der republikanischen Verfassung zu erklären, daß diese Verfassung der Herrschucht einer hauchdünnen regierenden Schicht angepaßt werden müßte. Nichts wie raus mit dieser ganzen Gesellschaft! Das ist das einzige, was man angesichts dieser Erzreaktionäre sagen kann! Alle müssen helfen! Wir können am 6. November dieses vorunterschlüpfende System vollkommen zertrümmern. Wir müssen nur unsere Pflicht tun, gegen uns selbst, unsere Familie und gegenüber den kommenden Generationen!

Frage jeden Nazi: Wie kommt es, daß der nationalsozialistische Oberbohne Hauptmann Röhm, der seit langem durch Veröffentlichung der Photographien seiner Originalbriefe als Homosexueller enttarnt ist, von den Vereinigern der deutschen Kultur, den Oafs des Brauens Hauses, in seiner Stellung als Befehlshaber von hunderttausend deutschen Jünglingen gehalten wird? Ist das nicht eine Schande sondergleichen? Wenn dem Lehrer einer Knabenschule eine derartige trankhafte Veranlagung nachgewiesen wird, liege man ihn auch nur einen Tag länger über junge Menschen die Aufführung? Was mögen die Gründe sein, aus denen der Obermandarin Hitler, der angeblich Unstand und Sitte in Deutschland zu nie gehaarter Vollkommenheit entwickeln will, den dicken Bonzen Röhm nicht abzulegen wagt?

Es gab mal einen homosexuellen Moltke-Scandal, der auf der ganzen Welt ein verächtliches Gelächter über deutsche Zustände entfesselt hat. Es gibt seit vielen Monaten einen ebensolchen Röhm-Scandal, dessen Anstößigkeit vor den Augen der ganzen Welt den deutschen Namen mit Schande besleckt. Was soll aus Deutschland werden, wenn der SA-Mann und die anderen Hitlerwähler Röhm und seiner Faselrunde zu unbeschränkter Verhältnis in Deutschland verhelfen? Und wie wird Deutschlands Erneuerung dann aussehen?

Es wird keinem Nazi gelingen, darauf eine Antwort zu finden. Die Antwort der ehrlichen Nazi-Anhänger kann nur darin bestehen, daß sie am 6. November mit dem Stimmzettel für die SPD. und gegen die röhmische Schande gutzumachen suchen, was sie am werttägigen deutschen Volk bisher gesündigt haben.

Im Nebel revolutionärer Phrasen. Wenn man die Tätigkeit der Kommunisten kritisch betrachtet, dann sollte man annehmen, daß man es hier mit weltfremden Ideologen zu tun hat. Sie wenden sich gegen alles, was der Arbeiterschaft Deutschlands ihre Lage im Augenblick erleichtern könnte. Die Sozialdemokratie hat ein Volksbegehren gegen die sozialreaktionären Maßnahmen der Papen-Verordnung beantragt. Wenn je, dann wäre hier die Möglichkeit zu einem einheitlichen Vorgehen gegeben. Aber weit gefehlt. Die Kommunisten behaupten, durch das Volksbegehren werde die Arbeiterschaft von

## Adressenänderungen

2. Gau: Biadaczow heißt jetzt Cziszel. Vorl. u. Kass.: Winzent Witzik.
3. Gau: Naundorf. Vorl. u. Kass.: Oswin Böhme, Nr. 55 g.
5. Gau: Rammersdorf, Post Oberkassel bei Beul am Rhein. Vorl.: Lambert Jacobs, Dornede am Steinbruch. Kass.: Michael Lütz, Holzlar bei Büschen, Siegburg-Land.
6. Gau: Hemigkofen am Bodensee. Vorl. u. Kass.: Gottfried Schmidt.
9. Gau: Brauerichswend, Kreis Alsfeld (Oberhessen). Vorl. u. Kass.: Adam Weiß.

## Briefkasten

An alle, die es angeht: Die Oktober-Beiträge für die Eiserne Front sind längst fällig, sofort einsenden. Oder sollen wir noch deutlicher werden?

Schwarzwald A. Der Empfänger von Fürsorgeunterstützung ist verpflichtet, dem Fürsorgeverband die aufgewendeten Kosten zu ersehen. Der Unterstützte ist aber berechtigt, den Erblass zu verweigern, soweit und solange er kein hinreichendes Vermögen oder Einkommen hat. Auch der Erbe des Unterstützungsempfängers hat. Allerdings beschränkt sich seine Haftung auf den Nachlaß. Erben, die mit dem Unterstützten bis zu seinem Tode nicht nur vorübergehend in häuslicher Gemeinschaft gelebt oder ihn ohne rechtliche Verpflichtung oder ohne entsprechende Gegenleistung, wenn auch in Erwartung einer Zuwendung von Todes wegen, unterstützt oder gepflegt haben, können den Erblass verweigern, soweit und solange die Geltendmachung ihnen gegenüber eine besondere Härte wäre. Darüber hinaus sind unterhaltsberechtigte Angehörige als Erben berechtigt, den Erblass zu verweigern, solange sie selbst nicht nur vorübergehend in öffentlicher Fürsorge stehen. Das Recht der Erben, den Erblass zu verweigern, hindert den Fürsorgeverband nicht, seine Befriedigung aus dem zur Sicherung verpfändeten oder übereigneten Gegenstand zu suchen. Von dem Unterstützten sind nicht zu ersehen: a) die Kosten der Wochenfürsorge, b) die Kosten der Erwerbsbefähigung Blinder, Taubstummen oder von Krüppeln, c) Fürsorgeleistungen, die ihm vor Vollendung seines 18. Lebensjahrs gewährt worden sind. Der Erblassanspruch des Fürsorgeverbandes verjährt in vier Jahren vom Ablauf des Jahres ab, in dem der Anspruch entstanden ist. Durch das Recht, den Erblass zu verweigern, wird der Lauf der Verjährung nicht gehemmt.

Strich. Ja, das ist sehr boshaft gedacht. Es steht auf der gleichen Stufe wie folgendes: Ein Hauseierer läutet bei Frau Müller: „Darf ich Ihnen meine Ware anbieten? Ihre Frau Nachbarin schickt mich zu Ihnen, sie hatte keinen Bedarf!“ „Ah, das ist ja reizend von Frau Lehmann. Ja, was haben Sie denn alles?“ Hauseierer: „Bloß Insektenspülz!“

Weihenbergs. Die Anfrage läßt sich in der von Ihnen gestellten Form nicht beantworten. Wir müssen doch mindestens wissen, welcher Fall oder welche Ursachen vorliegen, die ein solches Verlangen erklären. Im allgemeinen findet keine Rückzahlung statt.

A. Lamiz. Wenn darüber keine leitwillige Verfügung, die den geleglichen Ansprüchen genügt, vorhanden ist, dann können nur die geleglichen Erben unter sich über den eventuellen größeren Anteil des Jüngsten beschließen. Eine rechtliche Handhabe hat dieser jedoch nicht, falls die Vernunft über seine Mehrleistung an die Mutter bei den älteren Geschwistern versagt. Der Testamentsvollstrecker kann dem Ausgleich die Leistung des Jüngsten berücksichtigen, wenn darüber einwandfreie Unterlagen vorliegen. Er kann das, aber muß es nicht.

dem Kampf gegen die Präsidialdiktatur der Herrenklubfascisten abgelenkt. Das ist weiter nichts als eine der bekannten Phrasen. Die Kommunisten haben in 13 Jahren nicht weniger als neunmal zu Massenstreiks aufgefordert, mit dem Erfolg, daß noch nicht einmal ihre eigenen Anhänger, geschweige denn alle Arbeiter dieser Parole gefolgt wären. Das ist eine unüberlegbare Feststellung. Die Existenz einer starken kommunistischen Fraktion im Reichstag konnte niemals ernsthaft als ein Faktor für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen in die Waagschale geworfen werden. Im Gegenteil haben die Kommunisten durch ihre Abstimmung wichtige sozialpolitische Gesetze verhindert. Bei entscheidenden Abstimmungen stand die KPD. auf der Seite der schwärmsten Reaktionäre. Die Millionen kommunistisch gesinnter Arbeiter hatten ihre Stimmen bei den Parlamentswahlen umsonst abgegeben. Der kulturell hochstehende deutsche Arbeiter kann und darf sich hinsichtlich derartige Demonstrationsmittel nicht mehr erlauben. Als politischer Faktor im Leben der Nation gelten nur die Stimmen, die für die Liste 2 abgegeben werden.

## Verbandsstreue

In den Monaten Juli bis September 1932 konnten in nachstehenden Zahlstellen die genannten Kollegen auf eine mindestens 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken.

Berlin: Otto Ullmann, Richard Balzer, Paul Böhme, Fritz Buder, Wilhelm Behrendt, Otto Bielefeld, Robert Düring, Hugo Engelse, Heinrich Görner, Bela Göncz, Paul Heißig, Adolf Jurga, Karl Kuzniak, Joseph Karl, Johann Kraśnitsky, Richard Krahl, Gottlieb Kraft, Friedrich Michaelis, August Radatz, Otto Sitter, August Schmidt, Fritz Schulz, Wilhelm Schlessak, Otto Ziegler, Albert Röß.

Koblenz: Johann Fries.

Dreihäuser: Nikolaus Hoppel.

Eisleben: Albert Müller.

Frankfurt am Main: Ewald Mießbach, Friedrich Müller, Johann Mühlbauer, Wilhelm Föller.

Gnadenfrei: Fritz Suchner.

Hamburg: Max Voetjer, Julius Frahm, Friedrich Wolgast, Karl Schünemann, Georg Klingsöhr, Albert Bornhagen.

Kiel: Michael Schliwinski, Chr. Brehm, Hermann Kanthack, Otto Röwe, Josef Anders, Bernhard Ratz.

Köln: Franz Schäfer, Johann Kasper.

Liegnitz: Paul Johnischer.

Münden: Josef Danner, Fritz Dick, Theodor Geiger, Adolf Hedensteiner, August Obrikchner, Simon Röder, Karl Rollwagen, Wilhelm Schmid, Tafot Hüttersberger, Georg Wölfel.

Nürnberg I: Christof Bauer, Georg Geishöfer, Franz Rosman, Heinrich Schmidt, Albrecht Strauß, Johann Andreas Völkel, Heinrich Schneider, Leonhard Weidinger.

Reinberg: Heinrich Kuhnen, Wilhelm Kettner.

Rostock: Fritz Paulowitz.

Strehlen: Josef Nagler.

Würzburg: Fritz Bayer, Bernhard Christ, Anton Düring, Johann Endres, Michael Gebrig, Georg Gerlitz, Johann Huter, Alois Henneberger, Johann Henneberger, Franz Henkelmann, Kajpar Haas, Mathäus Haas, Peter Heusler, Kaspar Kuhn, Aquilin Körner, Stefan Lüger, Balthasar Mezger, Georg Stoll, Josef Alshöfer, Friedrich Wagner, Wilhelm Wagner, Rudolf Brückner.

Solingen: Michael Miedel, Karl Bürger, Michael Strattner, Georg Schwiegler, Ludwig Gegennagel.

Den Verbandsjubilaren noch nachträglich die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage.

## Frührot — Spätbraun

Als Kronzeugen für die Richtigkeit ihrer Auffassung über Gewerkschaften pflegen die Nazis gern August Winnig zu zitieren, d. h. nicht den, der einmal „Frührot“ und „Der preußische Kommiss“ schrieb, sondern den Spätbraun-Winnig. Der ganz jungen Generation ist Winnig ein Unbekannter. Wer ist Winnig? Ein Mensch von unbegrenztem Ehrgeiz, der oftmals so stark ist, daß das politische Fingerpitzengefühl und die rechte Witterung für den politischen Wind in sehr blamabler Weise versagten. Winnig kann zurückblickend von sich sagen, daß er es in seinem Leben verstanden hat, die verschiedenen „Leberezeugungen“ ziemlich naturgetreu zu mimmen. Winnig stand einmal — es sind schon elliche Jäschchen her — in der Bauarbeiterbewegung. Er ist keiner von der alten Garde, keiner von den Sturmproben; er war einer von den Jüngeren. Er hat nicht ein Menschenalter der modernen Arbeiterschaft bewegung gedient. Immerhin verstand er es, hohe Posten zu erkleiern. — Verhältnismäßig frühzeitig zeigte er schon Anzeichen einer beginnenden Sympathiewandlung für die Feinde des Fortschritts. Während des Krieges erlebte er die erste Etappe seiner Wandlung zum Chauvinismus, deren folgende Stufen immer deutlicher machten, daß er niemals ein überzeugter Kämpfer der Arbeiterbewegung war; niemals hatte er das, was wir eine Einstellung zu nennen pflegen.

Winnig brauchte kein Damaskus, weil er niemals eins hatte. Schon während des Krieges gehörte er zu jener Gruppe von Menschen, denen man sonst bei den Nazis nicht genügend Berachtung entgegenbringen kann, vorausgesetzt, wenn sie nicht selbst zu den Nazis gehören. Jeder Einberufungsbefehl zeitigte bei Winnig wahre Angstpsychose. Gewisse Zimmerwände in Hamburg könnten von schlotternden Knieen und dicken Tränen berichten, wenn August Winnig wieder einmal Abschied nahm. Doch in letzter Stunde verstand es Winnig immer wieder, für sich eine Reklamation herauszufinden. So blieb er schließlich dem Vaterlande und auch dem Dritten Reich erhalten. An Wilhelm von Dörn schrieb er schon während des Krieges heimlich Briefe und legte sie alleruntertanig zu Füßen des Monarchen. Schon damals missbrauchte er seine Stellung und strafte seine eigene „Überzeugung“ Lügen. Noch während des Krieges von der Organisation, bei der er beschäftigt war, beurlaubt, wurde er Staatskommissar im Osten, darauf Oberpräsident von Ostpreußen. Als solcher brach er der Republik die Treue, ging einer falschen politischen Witterung folgend zu Kapp, wahrscheinlich in der Hoffnung, seine Ministerwünsche in Erfüllung gehen zu sehen. Aber sein Mangel an politischer Witterung und sein schwander Charakter betrogen den Ehrgeizigen schändlich. Er wurde zur Disposition gestellt.

Dann schrieb er für Stinnes gegen Bölkfrieden, gegen Niederrhein-Krieg, verhöhnte den Maifeier-Gedanken und andere ethische Ziele und Ideale der Arbeiterbewegung, der er einstmal selbst angehörte, in einer Art und Weise, daß er ein elender Wicht ist.

Dann wird er Schlichter und schreibt weiter Bücher ethischen und sozialen Inhalts, in denen er den „Frührot“ Winnig ad absurdum führt und sich zugleich zuvorkommender Weise selbst enthüllt, bis der Braunhäusler fix und fertig ist. Alle Organisationstappen hat er durchlaufen. Landbund, Stahlhelm und wer weiß was noch für Organisationen hatte er hinter sich, bis der große Adolf ihn an die Früherkasse der NSDAP berief. Dort kann er nun Vorträge halten über nationalistische „Gewerkschaften“, über „Arbeitertum“, „Volkstumsschichten“ und was dergleichen sinnlose, noch Nationalismus riechende Begriffe mehr sind, von denen Winnig einige Dutzend neu geprägt haben dürfte. Blikt man auf den Entwicklungsgang dieses Säulenheiligen des Brauens Hauses, dann kann man wahrhaftig sagen: „Da macht uns keiner nach! Heil Hitler!“

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

### Versammlungen:

Sonntag, 5. November.

In Charlottenburg um 20 Uhr bei Jamin, Sophie-Charlottenstraße 88.

In Chemnitz findet die nächste Steinseherversammlung nicht am 12. November, sondern am 5. November statt.

Sonntag, 12. November.

In Reichensbach (Eulengebirge) um 20 Uhr bei Becker.

### Streik:

In Böhlenhain (Schlesien) und Rathendorf, Kreis Wohlau. Straßenbau. Arbeitsweigerung der auf diesen Baustellen beschäftigten Steinseher und Rammer.

In Stettin. Straßenbau. Firma Gädke-Timm.

In Waldenburg (Schlesien). Straßenbau. Firmen Baum, Friesel u. Weiß und Hoff. Baustellen sind: Hausdorf-Kynau, Neuhein und Seitendorf.

Kreuzlingen (Schweiz). Der Ausstand der Grabmalarbeiter bei der Firma Sauter & Cie. dauert an.

Wir warnen alle Kollegen, bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachzufragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erfundigung eingeholt werden.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Kollege, hast Du schon einen Taschenkalender für 1933 beim Zahlstellenvorstand bestellt?

Niederschlesien, Soz. Wohlfahrtsseinrichtung der Steinseherbranche im Provinzbezirk: Den Kollegen zur Kenntnis, daß mit dem 15. November 1932 alle Wohlfahrtsbücher von den Arbeitgebern zurückzufordern und bis spätestens 20. November 1932 zur Verrechnung an die Adressen des Obmanns: Hermann Littmann, Breslau 17, Lomnitzerstr. 8, zu senden sind. Auszahlungen erfolgen nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches, andernfalls wird nach § 8 Abs. 5 des RTB. und des BTB. S 3 Abs. 3 der Soz. Wohlfahrtsseinrichtung verfahren.

Gau IV und X. Die Kollegen der Steinseherbranche werden erucht, die mit Wertmarken versehenen Quittungsmarken der sozialen Wohlfahrtsseinrichtung an den Zahlstellenvorstand abzugeben. Die Kartenabgabe soll bis zum 15. November 1932 vollzogen sein. Jede Karte muß mit der vollständigen Adressangabe des Karteninhabers versehen sein. Der Abgabe der Karte ist eine Vollmacht anzufügen, daß der Vorstehende der Zahlstelle berechtigt ist, die Gelder zur Weitergabe an die dazu Berechtigten in Empfang zu nehmen. Die Geschäftsstellen der soz. Wohlfahrtsseinrichtungen sind dem Zahlstellenvorstand bekannt. Verläufe niemand, seine Unrechte rechtzeitig geltend zu machen. Die Auszahlung der Untertrüfungsgelder wird Mitte Dezember 1932 vor sich gehen. Wenn die Karten pünktlich eingehen, werden auch die Gelder pünktlich zur Zahlung angewiesen.

## Anzeigen

### Achtung! Steinseher und Berufsgenossen im Tarifbezirk Groß-Berlin!

Die Wohlfahrtskarten für das Geschäftsjahr 1931/32 sind mit dem 4. November 1932 abzuschließen und den Arbeitnehmern auszuhändigen.

Jeder Kollege muß selbst darauf achten, daß die Zahl der Arbeitsstunden eingetragen ist und die entsprechenden Wertmarken geklebt sind. Die Abgabe der Wohlfahrtskarten erfolgt in der Zeit vom 4. bis 12. November 1932

in unserem Büro, Engelauer 25, Zimmer 46/47. — Karten, die bis zum 12. November nicht abgegeben sind, werden nicht verrechnet. — Die Auszahlungstermine werden an dieser Stelle bekanntgegeben.

Der Obmann der Schlichtungskommission.

Berlin Vierjahresgeneralversammlung für alle der Zahlstelle Berlin angehörenden Mitglieder am Montag, 7. November, 18 Uhr, Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 25.

Tagesordnung: 1. Notverordnung und Gewerkschaften, Referat des Genossen Göring. 2. Aussprache. 3. Bericht vom 3. Quartal 1932. 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht!

Die Ortsverwaltung. I. A. Martens.

### EIN OFFENES WORT AN ALLE

LUISE OTTO



### VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN

Ein Ratgeber für Ehe